



Beschluss der 108. VV

Dringlichkeitsantrag: Gedenkstättenfahrten und Erinnerungsarbeit stärken: Freiwilligkeit statt Pflicht

Antragsteller*innen: aej saar, Vorstand LJR

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Saar beschließt:

Der Landesjugendring Saar lehnt eine Besuchspflicht von Gedenkstätten des Nationalsozialismus für saarländische Schüler*innen ab und hält an dem Prinzip der Freiwilligkeit zur nachhaltigen Wissensvermittlung fest.

Stattdessen fordert die Arbeitsgemeinschaft aus 28 Kinder- und Jugendverbänden im Saarland von der Landesregierung allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis einschließlich 26 Jahren den Besuch mindestens einer Gedenkstätte auf freiwilliger Basis zu gewährleisten.

Dazu sind Schritte notwendig wie:

- die grundsätzliche Pflicht für Schulleitungen, diese Fahrten niedrigschwellig zu genehmigen, deren Durchführung organisatorisch zu unterstützen und ideell zu fördern,
- die bedarfsgerechte Erhöhung der Zuschüsse für diese besondere Form der Bildungsmaßnahmen, die es Träger*innen ermöglicht, die Teilnehmendenbeiträge für diese Fahrten auf einem niedrigen, symbolischen Level (z.B. fünf Euro) zu deckeln, ohne finanzielle Verluste bei der Durchführung befürchten zu müssen,
- unkomplizierte Freistellungsregelungen für Berufsschüler*innen von Schule und Betrieb für Gedenkstättenfahrten,
- die Unterstützung der bestehenden Träger*innen von Gedenkstättenfahrten bei Organisation und Koordination sowie fachlicher Weiterentwicklung der Fahrten durch Schaffung und Verstetigung von entsprechenden geförderten Personalstellen.

Dem Landesjugendring Saar ist es wichtig zu betonen, dass Erinnerungsarbeit nicht ausschließlich auf Gedenkstätten stattfindet und Führungen dort nicht die einzigen Mittel und Wege der Vermittlung sind.

Die Landesjugendring fordert die Landesregierung auf, entsprechende bestehende Projekte und Initiativen mit ihren vielfältigen und zeitgemäßen Angeboten zu verstetigen und auszubauen. Nur längerfristig gesichert und mit ausreichenden Kapazitäten haben diese Projekte die Möglichkeit, möglichst vielen Jugendlichen im Saarland unsere so wichtige Geschichte zielgruppenorientiert nahebringen zu können. Derzeit übersteigt die Nachfrage bei weitem das leistbare Angebot der Träger*innen. Diese Projekte bieten außerdem die Chance, interessierte junge Menschen im Sinne eines Peer-to-Peer-Ansatzes für die Erinnerungsarbeit zu gewinnen.

Wir appellieren an die Politiker*innen aller Fraktionen im Landtag sowie an die Schulleitungen der weiterführenden und berufsbildenden Schulen, sich unsere Grundsätze und Vorschläge zu eigen zu machen, zugunsten der Erinnerungsarbeit mit und für junge Menschen im Saarland. Nie wieder ist jetzt.